

IV. Es fehlen:

Kreistagsabgeordneter Hans-Jürgen Hausemann
Kreistagsabgeordneter Herbert Miche
Armin Günther
Gudrun Jülge
Karin Niekamp
Silke Mursal-Dicty

Vorgesehen ist folgende

T a g e s o r d n u n g:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 06.07. 2007

Jugendhilfeausschuss:

4. Beschluss eines Lokalen Aktionsplanes im Rahmen des Bundesprogramms „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ - DS-Nr. 61 -
5. Anfragen und Mitteilungen in Jugendhilfeangelegenheiten

Sozialausschuss:

6. Job-Center; Bericht über aktuelle Arbeitsmarktdaten
7. Anfragen und Mitteilungen in Sozialangelegenheiten

Punkt 1:

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15.00 Uhr; sie stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2:

Anträge zur Tagesordnung

Es werden keine Anträge gestellt.

Die Vorsitzende stellt fest, dass damit die vorgesehene Tagesordnung behandelt wird.

Punkt 3:

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration am 06.07.2007

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration vom 06.07.2007 wird genehmigt.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

Jugendhilfeausschuss:

Punkt 4:

Beschluss eines Lokalen Aktionsplanes im Rahmen des Bundesprogramms „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“
- DS-Nr. 61 -

Landrat Reuter verweist einleitend auf die Erörterungen in der letzten Sitzung des Ausschusses und bedankt sich ausdrücklich für die Mitarbeit der Beteiligten in dem Workshop am 21.07.2007. Das Ergebnis der Arbeit schlage sich in dem vorliegenden Antrag überzeugend nieder.

Er könne die erfreuliche Mitteilung machen, dass mit heutiger Eingangspost der Zuwendungsbescheid der von der Bundesregierung beauftragtem Gesellschaft für soziale Unternehmungsberatung mbH -gsub- eingegangen sei. Der Lokale Aktionsplan des Landkreises sei für die gesamte Laufzeit angenommen worden. Für das Jahr 2007 seien 30.000 € von dem Jahresbetrag von 100.000 € bewilligt worden.

Die Abg. Hartz, Seeringer und Vokuhl sowie die Vorsitzende sprechen den an der Erarbeitung des Lokalen Aktionsplanes Beteiligten ihren besonderen Dank für deren gute Arbeit aus.

Kreisamtsrat Heidergott berichtet als beauftragter Projektmanager des Fachbereiches III -Jugend und Soziales- (federführendes Amt) über den Sachstand bezüglich der nächsten Schritte zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes bis zur ersten Durchführung von Einzelprojekten im Rahmen der sogenannten Implementierungsphase. Gegenstände seines Berichts sind insbesondere die beabsichtigte Zusammensetzung der Lokalen Koordinierungsstelle mit dem Einsatz eines geeigneten externen Mitarbeiters (eine halbe Stelle) über den Kreisjugendring und der damit verbundenen Möglichkeit der Förderung der Personalkosten im Rahmen des Projektes bis zu einer jährlichen Höhe von 20.000 €, die Mitwirkung einer externen Mitarbeiterin als Honorarkraft sowie seine weitere Beteiligung mit dem Kreisjugendpfleger Friedmann als Eigenanteil des Landkreises im Rahmen des Projektmanagements des federführenden Amtes, die Konstituierung des vorgesehen Begleitausschusses als Entscheidungsorgan über die Projektanträge mit dem erforderlichen Beschluss einer Geschäftsordnung und der Festlegung von Entscheidungskriterien (Nutzwertanalyse in geeigneter Form), die Überlegungen zur künftigen Öffentlichkeitsarbeit, zur Selbstevaluation, zum Controlling und zum weiteren Verfahren im Coachingprozess sowie der Ende September geplante Workshop zur Unterrichtung der interessierten Projektträger über das Antragsverfahren

zur Durchführung von Einzelprojekten sowie den sonstigen Vorgaben im Rahmen der durch die Bundesregierung vorgegebenen Richtlinien.

An der sich anschließenden kurzen Aussprache beteiligen sich die Abg. Voigt, Herr Peter sowie Kreisamtsrat Heidergott.

Sodann fasst der Jugendhilfeausschuss folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Antrag auf Gewährung von Zuwendungen gemäß Bundeshaushaltsordnung (BHO) im Rahmen des Programms „Vielfalt tut gut“ vom 23.08.2007 als Lokalem Aktionsplan des Landkreises Osterode am Harz zu.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

Punkt 5:

Anfragen und Mitteilungen in Jugendhilfeangelegenheiten

Die Abg. Seegeringer fragt nach der bisherigen Bilanz der Arbeit des Kinderservicebüros im Rahmen des Programms „Familien mit Zukunft“.

Die Anregung von Landrat Reuter, hierzu in der nächsten Sitzung des Ausschusses zu berichten, wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Landrat Reuter stellt fest, dass die NPD grundgesetzlich verankerte Rechte als zugelassene Partei habe. Es sei Aufgabe der Zivilgesellschaften eine präventive und demokratische Öffentlichkeitsarbeit gegen den Rechtsextremismus und gegen die NPD zu leisten.

Er hebt beispielhaft die für Ende September durch den Deutschen Gewerkschaftsbund in Bad Lauterberg im Harz geplante Demonstration hervor.

Die Abg. Seeringer erinnert in diesem Zusammenhang auch an den Verfassungstag am 23.05.2007.

Landrat Reuter gibt bekannt, dass in der nächsten Sitzung des Ausschusses die Arbeit des Pflegekinderdienstes des Fachbereiches III -Abteilung III.6.4- durch die zuständigen Fachkräfte vorgestellt werde.

Sozialausschuss:

Punkt 6:

Job-Center; Bericht über aktuelle Arbeitsmarktdaten

Landrat Reuter berichtet über die von der Agentur für Arbeit veröffentlichten Arbeitsmarktdaten für den Monat August 2007.

Der Bericht ist der Sitzungsniederschrift beigelegt.

An der sich anschließenden Aussprache beteiligen sich die Abg. Hartz, Kruse, Seeringer, Voigt und Vokuhl, Herr Peter, der Landrat sowie Kreisoberamtsrat Ahrens. Gegenstände der Aussprache sind die trotz steigender Konjunktur anhaltenden Zahlen an Langzeitarbeitslosen und die Möglichkeiten der Qualifizierung oder notwendige anderen Hilfen wie sozialpädagogische Angebote, die Arbeit des Job-Centers des Landkreises mit den nur begrenzt zur Verfügung stehenden Eingliederungshilfemitteln, das Erfordernis von früh einsetzenden Hilfen zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit, der hohe Anteil an Schülern ohne Hauptschulabschluss und die Möglichkeiten einer nachträglichen Qualifizierung, die Arbeit des Jugendbüros des Job-Centers mit den Angeboten wie der Übergang von der Schule in den Beruf, die rechtlichen Hinderungsgründe zur Durchführung von Maßnahmen, die in Hattorf am Harz eingerichtete Berufsstarterklasse mit dem Modell 3 Tage Schule und 2 Tage im Betrieb sowie die Anregung der Vorstellung dieser Maßnahme hier im Ausschuss, die Arbeit der Hauptschulen und der Bedarf an außerschulischer Förderung, die Problematik der sozial-schwachen Familien außerhalb der Schule sowie die mangels Zuständigkeit nicht mögliche Einflussnahme des Landkreises und seiner Kommunen auf die Schulen.

Punkt 7:

Anfragen und Mitteilungen in Sozialangelegenheiten

Es werden keine Anfragen gestellt und keine Mitteilungen gegeben.

Von der Einwohnerfragestunde wird kein Gebrauch gemacht.

Um 16.00 Uhr schließt die Vorsitzende die Sitzung.

gez.
Barbara Lex

Vorsitzende

gez.
Bernhard Reuter

Landrat

gez.
Manfred Heidergott

Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration
am 5. Dezember 2007